

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Kundeninformationen

Kastl & Rieter IT-Service GmbH

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Grundlegende Bestimmungen

- 1.1. Die nachstehenden Geschäftsbedingungen gelten für alle Verträge, die der Kunde (nachfolgend als „Auftraggeber“ bezeichnet) mit Kastl & Rieter IT-Service GmbH (nachfolgend als „Anbieter“ bezeichnet) schließen.
- 1.2. Soweit nicht anders vereinbart, wird der Einbeziehung gegebenenfalls vom Auftraggeber verwendeter eigener Bedingungen widersprochen.
- 1.3. Verbraucher im Sinne der nachstehenden Regelungen ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Unternehmer ist jede natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer selbständigen beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit handelt.

2. Gegenstand des Vertrages

- 2.1. Der Gegenstand des Vertrages ist der Verkauf von Waren, die Erbringung von Dienstleistungen, die Erbringung von Werkleistungen sowie die Vermietung von Sachen. Der konkrete Vertragsgegenstand richtet sich nach der Absprache der Parteien im Rahmen des Angebotes und gegebenenfalls weitere abgeschlossene Verträge.
- 2.2. Sofern der Anbieter Waren verkauft, geschieht dies teilweise oder ausschließlich als Kommissionär in eigenem Namen auf fremde Rechnung, das heißt für einen Dritten als Eigentümer der Ware. Vertragspartner mit allen Rechten und Pflichten ist ungeachtet dessen der Anbieter.
- 2.3. Das Einarbeiten und Schulen des Auftraggebers bzw. dessen Mitarbeiter ist nicht Bestandteil des Kaufvertrages sofern der Anbieter Waren oder standardisierte Software verkauft. Das Schulen und Einarbeiten der Mitarbeiter ist gesondert zu vereinbaren.
- 2.4. Etwaige Angebote im Internet sind unverbindlich und kein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Vertrages.
- 2.5. Anfragen zur Erstellung eines Angebotes sind für den Auftraggeber unverbindlich. Der Anbieter unterbreitet dem Auftraggeber ein verbindliches Angebot in Textform (z. B. per E-Mail), welches der Auftraggeber innerhalb von 5 Tagen annehmen kann.
- 2.6. Die Abwicklung der Bestellung und Übermittlung aller im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss erforderlichen Informationen erfolgt per E-Mail zum Teil automatisiert. Der Auftraggeber hat deshalb sicherzustellen, dass die von ihm beim Auftraggeber hinterlegte E-Mail-Adresse zutreffend ist, der Empfang der E-Mails technisch sichergestellt und insbesondere nicht durch SPAM-Filter verhindert wird.
- 2.7. Der Anbieter ist berechtigt, im Rahmen der erteilten Aufträge Leistungen durch Unterbeauftragung von Drittunternehmen ausführen zu lassen.

3. Nutzungslizenzen bei Software-Produkten

- 3.1. Sofern der Anbieter Software-Produkte von Dritten zur zeitweisen oder dauerhaften Nutzung überlässt, geschieht dies unter Verweis auf die Nutzungs- und Lizenzbedingungen der jeweiligen Produkte. Die angebotenen Software-Produkte sind urheberrechtlich geschützt. Der Auftraggeber erhält zu jedem erworbenen Software-Produkt eine einfache Nutzungslizenz, soweit nichts anderes angegeben ist.
- 3.2. Sofern in den Nutzungs- und Lizenzbedingungen nicht anders geregelt ist das Erstellen von Kopien untersagt. Es ist ausdrücklich verboten, eine Datei oder Teile davon zu verändern oder zu bearbeiten und in irgendeiner Weise Dritten privat oder kommerziell zur Verfügung zu stellen.

4. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers und Nutzungsrechte an Planungsleistungen

- 4.1. Der Auftraggeber ist verpflichtet dem Anbieter alle Unterlagen, Informationen, Texte oder Dateien, die für die Konzeption, Erstellung und Umsetzung von IT-Projekten notwendig sind, rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.
- 4.2. Im Falle von Reparaturleistungen hat der Auftraggeber den am Gerät bestehenden Defekt so umfassend als möglich zu beschreiben und das defekte Gerät zur Verfügung zu stellen.

- 4.3. Vereinbarte Leistungszeiten beginnen erst nach vollständiger Klarstellung aller Ausführungseinzelheiten. Die Einhaltung der Leistungsverpflichtung setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Mitwirkungspflichten (allg. Informationserteilung, Beantwortung von Nachfragen, zeitnahe Freigaben) des Kunden voraus.
- 4.4. Die Leistungszeit verlängert sich im Fall einer durch den Kunden zu vertretenden oder auf höherer Gewalt beruhenden Verzögerung für die Dauer der Verzögerung.
- 4.5. Der Anbieter ist Urheber aller Unterlagen, Skizzen und Pläne, die im Rahmen der Konzeption, Erstellung und Planung sowie Umsetzung von IT-Projekten angefertigt werden. Der Anbieter räumt dem Auftraggeber ein räumlich und zeitlich begrenztes, nicht ausschließliches nur für die Zeitdauer der Zusammenarbeit geltendes Nutzungsrecht an den Unterlagen, Skizzen und Plänen ein. Ohne die ausdrückliche Zustimmung ist eine Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Teile oder kompletter Inhalte nicht zulässig.

5. Zahlungsbedingungen und besondere Vereinbarungen zu angebotenen Zahlungsarten

- 5.1. Soweit nicht anders vereinbart, ist die vereinbarte Vergütung Vorkasse per Überweisung auf das vom Anbieter im jeweiligen Angebot angegebene Konto zu zahlen. Dabei wird der Zahlungsbetrag beim Verkauf von Hard- und Software mit Auftragsvergabe fällig. Bei der Erbringung von sonstigen Leistungen wird die Hälfte des Betrages mit Beauftragung, die andere Hälfte nach Erbringung der Leistung fällig.
- 5.2. Sofern im Einzelfall Zahlung auf Rechnung vereinbart ist, wird die Vergütung sieben Werktage nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig.
- 5.3. Wird eine Vergütung auf Stundenbasis vereinbart, so erhält der Auftraggeber nach Ablauf eines Monats eine prüffähige Abrechnung. Der Rechnungsbetrag wird innerhalb einer Frist von sieben Werktagen nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig. Die Abrechnung erfolgt pro begonnene 15 Minuten. Ausgenommen davon sind Vor-Ort-Termine, bei welchen die erste Stunde voll berechnet wird und jede weitere Stunde in einem Takt von 15 Minuten je angefangene Viertelstunde.
- 5.4. Die Anfahrt-Kosten bis 30 Minuten werden nicht berechnet. Darüber hinaus gehende Anfahrtszeiten werden im 15-Minuten-Takt zum Stundensatz abgerechnet.

6. Zurückbehaltungsrecht, Abtretungsverbot und Eigentumsvorbehalt

- 6.1. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftraggeber nur ausüben, soweit es sich um Forderungen aus demselben Vertragsverhältnis handelt.
- 6.2. Eine Abtretung der Ansprüche gegen den Anbieter ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Anbieters möglich.
- 6.3. Die Ware bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises Eigentum des Anbieters.
 - 6.3.1. Ist der Auftraggeber Unternehmer, gilt ergänzend Folgendes: Der Anbieter behält sich das Eigentum an der Ware bis zum vollständigen Ausgleich aller Forderungen aus der laufenden Geschäftsbeziehung vor. Vor Übergang des Eigentums an der Vorbehaltsware ist eine Verpfändung oder Sicherheitsübereignung nicht zulässig.
 - 6.3.2. Der Auftraggeber kann die Ware im ordentlichen Geschäftsgang weiterverkaufen. Für diesen Fall tritt der Auftraggeber bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Rechnungsbetrages, die ihm aus dem Weiterverkauf erwachsen, an den Anbieter ab, welcher die Abtretung annimmt. Der Auftraggeber ist weiter zur Einziehung der Forderung ermächtigt. Soweit der Auftraggeber seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt, behält sich der Anbieter allerdings vor, die Forderung selbst einzuziehen.
 - 6.3.3. Bei Verbindung und Vermischung der Vorbehaltsware erwirbt der Anbieter Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Rechnungswertes der Vorbehaltsware zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zum Zeitpunkt der Verarbeitung.
 - 6.3.4. Der Anbieter verpflichtet sich, die ihm zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Auftraggebers insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert Sicherheiten die zu sichernde Forderung um mehr als 10% übersteigt. Die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt dem Anbieter.

7. Gewährleistung

- 7.1. Soweit nachfolgend nicht anders geregelt, bestehen die gesetzlichen Mängelhaftungsrechte.
- 7.2. Bei gebrauchten Sachen beträgt die Gewährleistungsfrist abweichend von der gesetzlichen Regelung ein Jahr ab Ablieferung der Ware. Die einjährige Gewährleistungsfrist gilt nicht für vom Anbieter zurechenbare, schuldhaft verursachte Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der

Gesundheit und grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachte Schäden bzw. Arglist des Anbieters, sowie bei Rückgriffsansprüchen gemäß §§ 478, 479 BGB.

7.3. Verkauf von Waren

Soweit der Auftraggeber Unternehmer ist, gilt für den Verkauf von Waren abweichend von Abs.7.1.:

- 7.3.1. Als Beschaffenheit der Ware gelten nur die eigenen Angaben des Anbieters und die Produktbeschreibung des Herstellers als vereinbart, nicht jedoch sonstige Werbung, öffentliche Anpreisungen und Äußerungen des Herstellers.
- 7.3.2. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Ware unverzüglich und mit der gebotenen Sorgfalt auf Qualitäts- und Mengenabweichungen zu untersuchen und dem Anbieter offensichtliche Mängel binnen 7 Tagen ab Empfang der Ware schriftlich anzuzeigen, zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung. Dies gilt auch für später festgestellte verdeckte Mängel ab Entdeckung. Bei Verletzung der Untersuchungs- und Rügepflicht ist die Geltendmachung der Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen.
- 7.3.3. Bei Mängeln leistet der Anbieter nach seiner Wahl Gewähr durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung. Schlägt die Mängelbeseitigung fehl, kann der Auftraggeber nach seiner Wahl Minderung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten. Die Mängelbeseitigung gilt nach erfolglosem zweitem Versuch als fehlgeschlagen, wenn sich nicht insbesondere aus der Art der Sache oder des Mangels oder den sonstigen Umständen etwas anderes ergibt. Im Falle der Nachbesserung muss der Anbieter nicht die erhöhten Kosten tragen, die durch die Verbringung der Ware an einen anderen Ort als den Erfüllungsort entstehen, sofern die Verbringung nicht dem bestimmungsgemäßen Gebrauch der Ware entspricht.
- 7.3.4. Die Gewährleistungsfrist beträgt ein Jahr ab Ablieferung der Ware.

7.4. Vermietung von Waren und Leistungen

Soweit der Auftraggeber Unternehmer ist, gilt für die Erbringung von System- und Softwarebetreuungsleistungen abweichend von Abs. 7.1.:

- 7.4.1. Zeigt sich im Laufe der Vertragslaufzeit ein Mangel der Leistungserbringung, so hat der Auftraggeber dies dem Anbieter unverzüglich anzuzeigen. Unterlässt der Auftraggeber die Anzeige, so ist er dem Anbieter zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Soweit der Anbieter infolge der Unterlassung der Anzeige nicht Abhilfe schaffen konnte, ist der Auftraggeber nicht berechtigt, das vereinbarte Leistungsentgelt zu mindern, den aus § 536a Abs. 1 BGB ergebenden Schadensersatz geltend zu machen oder den Vertrag zu kündigen.
- 7.4.2. Gelingt es dem Anbieter innerhalb einer angemessenen Frist nicht, einen Sach- und/oder Rechtsmangel zu beseitigen, ist der Auftraggeber berechtigt, dem Anbieter eine angemessene Nachfrist zu setzen. Sofern vertraglich Wiederherstellungszeiten definiert wurden, gelten diese im Hinblick auf Sachmängel als angemessene Frist im Sinne des vorstehenden Satzes. Nach erfolglosem Ablauf dieser Nachfrist ist der Auftraggeber berechtigt, das vereinbarte Entgelt angemessen zu mindern. Die Kündigung des Vertrages bzw. der Rücktritt vom Vertrag ist ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleibt das Recht des Auftraggebers zur Kündigung aus wichtigem Grund.
- 7.4.3. Ansprüche wegen mangelhafter Leistungen verjähren innerhalb eines Jahres.

7.5. Erbringung von Dienstleistungen

- 7.5.1. Die Vertragsparteien werden sich unverzüglich über das Vorliegen einer mangelhaften Leistung informieren.
- 7.5.2. Der Anbieter ist zunächst berechtigt und verpflichtet, die betroffene Leistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber vertragsgemäß zu erbringen, sofern er die mangelhafte Leistung schuldhaft zu vertreten hat. Der Auftraggeber kann dem Anbieter hierfür eine angemessene Frist setzen.
- 7.5.3. Kommt der Anbieter der Pflicht zur Beseitigung einer mangelhaften Leistung nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Anbieters den Mangel selber oder durch einen Dritten beheben (lassen). Der Anbieter wird den Auftraggeber bzw. den vom Auftraggeber beauftragten Dritten bei der Beseitigung des Mangels unterstützen und insbesondere alle erforderlichen Informationen bereitstellen.
- 7.5.4. Die Kündigung des Vertrages bzw. der Rücktritt vom Vertrag ist ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleibt das Recht des Auftraggebers zur Kündigung aus wichtigem Grund.

7.6. Erbringung von Werkleistungen

- 7.6.1. Als Beschaffenheit des Werkes gelten nur die eigenen Angaben des Anbieters und die Vereinbarungen der Parteien.
- 7.6.2. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Ware unverzüglich und mit der gebotenen Sorgfalt auf Qualitätsabweichungen zu untersuchen und dem Anbieter offensichtliche Mängel binnen 7 Tagen ab Empfang der Ware schriftlich anzuzeigen, zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung. Dies gilt auch für später festgestellte verdeckte Mängel ab Entdeckung. Bei Verletzung der Untersuchungs- und Rügepflicht ist die Geltendmachung der Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen.
- 7.6.3. Bei Mängeln leistet der Anbieter nach seiner Wahl Gewähr durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung. Schlägt die Mangelbeseitigung fehl, kann der Auftraggeber nach seiner Wahl Minderung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten. Die Mängelbeseitigung gilt nach erfolglosem zweitem Versuch als fehlgeschlagen, wenn sich nicht insbesondere aus der Art der Sache oder des Mangels oder den sonstigen Umständen etwas anderes ergibt. Im Falle der Nachbesserung muss der Anbieter nicht die erhöhten Kosten tragen, die durch die Verbringung der Ware an einen anderen Ort als den Erfüllungsort entstehen, sofern die Verbringung nicht dem bestimmungsgemäßen Gebrauch der Ware entspricht.
- 7.6.4. Die Gewährleistungsfrist beträgt ein Jahr ab Ablieferung der Ware.
- 7.7. Die verkürzte Gewährleistungsfrist gilt nicht für dem Anbieter zurechenbare schuldhaft verursachte Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachte Schäden bzw. Arglist, sowie bei Rückgriffsansprüchen gemäß §§ 478, 479 BGB.
- 7.8. Gegebenenfalls weitergehende vertragliche oder gesetzliche Rechte des Auftraggebers, insbesondere gegebenenfalls bestehende Schadensersatzansprüche sowie das Recht, Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen, bleiben unberührt.

8. Haftung

- 8.1. Der Anbieter haftet jeweils uneingeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Weiter haftet der Anbieter ohne Einschränkung in allen Fällen des Vorsatzes und grober Fahrlässigkeit, bei arglistigem Verschweigen eines Mangels, bei Übernahme der Garantie für die Beschaffenheit des Kaufgegenstandes und in allen anderen gesetzlich geregelten Fällen.
- 8.2. Die Haftung für Mängel im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistung richtet sich nach der entsprechenden Regelung in den Kundeninformationen (Teil II) und Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Teil I).
- 8.3. Sofern wesentliche Vertragspflichten betroffen sind, ist die Haftung des Anbieters bei leichter Fahrlässigkeit auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind wesentliche Pflichten, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben und deren Verletzung die Erreichung des Vertragszweckes gefährden würde sowie Pflichten, die der Vertrag uns nach seinem Inhalt zur Erreichung des Vertragszwecks auferlegt, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst möglich machen und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen darf.
- 8.4. Bei der Verletzung unwesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen ausgeschlossen.
- 8.5. Die Datenkommunikation über das Internet kann nach dem derzeitigen Stand der Technik nicht fehlerfrei und/oder jederzeit verfügbar gewährleistet werden. Der Anbieter haftet insoweit weder für die ständige noch ununterbrochene Verfügbarkeit der Webseite und der dort angebotenen Dienstleistung oder die ununterbrochene Erreichbarkeit per E-Mail.

9. Vertragsdauer und Kündigung

- 9.1. Sofern nicht anders vereinbart, beginnen Verträge über die Systembetreuung und andere dauerhaft zu erbringenden Leistungen mit Zustandekommen des jeweiligen Vertrages und werden auf unbestimmte Zeit geschlossen. Soweit nicht anders geregelt, können Verträge mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt werden. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.
- 9.2. Für sämtliche weiteren Verträge mit dem Anbieter gelten vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung die gesetzlichen Kündigungsfristen.

10. Rechtswahl, Erfüllungsort, Gerichtsstand

- 10.1. Es gilt deutsches Recht. Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur, soweit hierdurch der durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Staates des gewöhnlichen Aufenthaltes des Verbrauchers gewährte Schutz nicht entzogen wird (Günstigkeitsprinzip).
- 10.2. Erfüllungsort für alle Leistungen aus den mit dem Anbieter bestehenden Geschäftsbeziehungen sowie Gerichtsstand ist der Sitz des Anbieters, soweit der Auftraggeber nicht Verbraucher, sondern Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Dasselbe gilt, wenn der Auftraggeber keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland oder der EU hat oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Die Befugnis, auch das Gericht an einem anderen gesetzlichen Gerichtsstand anzurufen, bleibt hiervon unberührt.
- 10.3. Die Bestimmungen des UN-Kaufrechts finden ausdrücklich keine Anwendung.

11. Nennung als Referenz

Der Anbieter ist berechtigt, die geschäftliche Tätigkeit für den Auftraggeber auf der Website (www.kastl-rieter.de/referenzen) des Anbieters sowie auf dessen Social-Media-Kanälen als Referenz zu nennen. Die Nennung als Referenz umfasst dabei insbesondere die Nennung der geschäftlichen Bezeichnung des Auftraggebers, die Verwendung eines entsprechenden Logos sowie einer kurzen Beschreibung der Tätigkeit des Auftraggebers und der vom Anbieter übernommenen Aufgaben. Der Auftraggeber kann die Ausgestaltung des Referenztextes bestimmen und gibt diesen gegenüber dem Anbieter frei.

Liegen dem Anbieter keine Textvorschläge des Auftraggebers vor, erstellt der Anbieter diese eigenständig. Ein schriftlicher Einspruch oder Änderungswünsche seitens des Auftraggebers ist in dem Fall innerhalb einer Frist von 14 Tagen zu erfolgen.

Endet die Zusammenarbeit der Parteien hat der Anbieter die Referenz spätestens nach sechs Monaten nach Ender der Vertragslaufzeit von der Website und soweit möglich von den verwendeten Social-Media-Kanälen zu entfernen.

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://www.kastl-rieter.de/datenschutz/> .

II. Kundeninformationen

1. Identität des Anbieters

Kastl & Rieter IT-Service GmbH
diese vertreten durch die Geschäftsführer Michael Kastl und Nils Rieter
Heinrich-Rohlmann-Straße 12
50829 Köln
Deutschland
Telefon: 0221/63061516-0
E-Mail: info@kastl-rieter.de

Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (OS-Plattform) bereit, aufrufbar unter <http://ec.europa.eu/odr>.

2. Informationen zum Zustandekommen des Vertrages

Die technischen Schritte zum Vertragsschluss und der Vertragsschluss selbst erfolgen nach Maßgabe des Abschnittes 2 Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Teil I.).

3. Vertragssprache, Vertragstextspeicherung

- 3.1. Vertragssprache ist deutsch.
- 3.2. Der vollständige Vertragstext wird vom Anbieter nicht gespeichert.
- 3.3. Bei Angebotsanfragen erhält der Auftraggeber alle Vertragsdaten im Rahmen eines verbindlichen Angebotes per E-Mail übersandt, welche er ausdrucken oder elektronisch sichern kann.

4. Wesentliche Merkmale der Ware oder Dienstleistung

Die wesentlichen Merkmale der Ware und/oder Leistungen finden sich im Angebot.

5. Preise und Zahlungsmodalitäten

- 5.1. Die in den jeweiligen Angeboten angeführten Preise sowie die Versandkosten stellen Gesamtpreise dar. Sie beinhalten alle Preisbestandteile einschließlich aller anfallenden Steuern.
- 5.2. Gegebenenfalls anfallende Versandkosten sind nicht im Kaufpreis enthalten und werden im Laufe Angebot gesondert ausgewiesen und sind vom Auftraggeber zusätzlich zu tragen, soweit nicht die versandkostenfreie Lieferung zugesagt ist.
- 5.3. Soweit bei den einzelnen Zahlungsarten nicht anders angegeben, sind die Zahlungsansprüche aus dem geschlossenen Vertrag innerhalb von sieben Tagen zur Zahlung fällig.

6. Lieferbedingungen

- 6.1. Die Lieferbedingungen, der Liefertermin sowie gegebenenfalls bestehende Lieferbeschränkungen finden sich im der jeweiligen Angebot.
- 6.2. Soweit der Auftraggeber Verbraucher ist, ist gesetzlich geregelt, dass die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der verkauften Sache während der Versendung erst mit der Übergabe der Ware an diesen übergeht, unabhängig davon, ob die Versendung versichert oder unversichert erfolgt. Dies gilt nicht, wenn er eigenständig ein nicht vom Unternehmer benanntes Transportunternehmen oder eine sonst zur Ausführung der Versendung bestimmte Person beauftragt hat.
- 6.3. Ist der Auftraggeber Unternehmer, erfolgt die Lieferung und Versendung auf seine Gefahr.

7. Gesetzliches Mängelhaftungsrecht

Die Mängelhaftung für Waren und Leistungen richtet sich nach der Regelung "Gewährleistung" in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Teil I).

8. Vertragslaufzeit und Kündigung

Sofern die Vertragslaufzeit und die Kündigung nicht abweichend geregelt werden, ergeben sich diese aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Teil I.).